

Bei der UN-Syrien-Konferenz am 30. März 2016 haben nur wenige Staaten die Aufnahme syrischer Flüchtlinge zugesagt. Statt der angestrebten Verteilung von 480 000 Flüchtlingen aus den Nachbarländern Syriens wurde eine langfristige Aufnahme von insgesamt 6000 Flüchtlingen vereinbart. Die Zahl der in Aussicht gestellten Aufnahme von Syrien-Flüchtlingen ist damit lediglich von 179 000 auf 185 000 gestiegen. Die UN wollte organisierte Umsiedlungen ermöglichen. Dazu sollten Familienzusammenführungen oder medizinische Behandlungen angeboten werden. Die UN-Mitgliedsstaaten sollten auch die Einreise über Stipendien für Studium oder Ausbildung ermöglichen. Diese Flüchtlinge müssten in der Regel kein Asylverfahren durchlaufen. Der organisierte Umzug sollte auch dazu beitragen, dass Flüchtlinge nicht weiter in die Fänge von Schlepperbanden geraten.



Widersprüchlicher können Bilder nicht sein: Links das Symbol der Weltgesundheitsorganisation der UN und rechts die den Schleppern überlassenen Flüchtlinge, die in Seenot geraten und oft ertrinken – wie bei den beiden Tragödien im April 2015 und 2016!

Die UN-Mitgliedstaaten haben ihre eigene Organisation zum wiederholten Mal in egoistischer Weise im Stich gelassen. Das zeigt, dass Lösungen auf einer rein humanitären Ebene der Weltgemeinschaft derzeit nicht erreichbar sind. Was helfen könnte wäre ein Modell, bei deren Umsetzung alle gewinnen würden: Die Flüchtlinge selbst sowie auch die Aufnahme- und Herkunftsländer. Hierzu haben Margit Osterloh und Bruno S. Frey einen bemerkenswerten Vorschlag gemacht:

Margit Osterloh und Bruno S. Frey sagen:

„Die bisher praktizierte Sicherung der Außengrenzen zur Abwehr von Flüchtlingen ist beschämend. Bisher haben wir die Flüchtlinge gewissenlosen Schleppern überlassen. Derzeit ist die Balkanroute faktisch geschlossen. Das wird die Preise für die Schlepper nach oben treiben und die Reise für die Flüchtlinge noch gefährlicher machen. Die bisherige Strategie, den Weg zu uns so schwer wie möglich zu gestalten, ist inhuman und versagt auf der ganzen Linie. Gibt es einen Ausweg? Wir schlagen vor, von allen Migranten eine Aufnahmegebühr zu erheben, ähnlich Gebühren, die man beim Eintritt in eine Genossenschaft zu bezahlen hat. Sie ist ein Ausgleich dafür, dass man am Gemeingut der Gemeinschaft - Schulen, Krankenhäuser, funktionierende Infrastruktur oder soziale Sicherheit - partizipiert, das die bisherigen Mitglieder geschaffen haben. Die Gebühren würden dem Empfängerland und nicht den Schleppern zufließen. Dafür könnten die Migranten gefahrlos einreisen und bei uns arbeiten. Entsprechende Stellen für die Registrierung und Bezahlung könnten an jedem Flughafen und in größeren Flüchtlingslagern errichtet werden, zu einem Bruchteil der heutigen Kosten der Grenzsicherung. Wer nach der Einreise als Asylant oder Kriegsflüchtling anerkannt wird, erhält das Geld zurück. Alle anderen müssen erhebliche Eigenanstrengungen erbringen, um einreisen zu dürfen. Mit der Höhe der Abgabe kann man die Migration regulieren und uns zugleich das Schicksal einer stacheldrahtbewehrten 'gated community' ersparen. Ein solches Vorgehen hätte große Vorteile nicht nur für die Aufnahmeländer, sondern auch für die Migranten und die Herkunftsländer. Es könnte eine humanitäre und monetäre Win-win-Situation entstehen. Die Schlepper würden ausgebootet. Aufnahmeländer erhielten erstens Mittel zur Finanzierung des Aufenthalts und der Integration der Migranten. Zweitens könnten die Eingliederung in den Arbeitsprozess und die Entlastung unserer Sozialsysteme schnell erfolgen und nicht erst nach dem langwierigen Prozess der Registrierung, Prüfung und Bearbeitung von Einsprüchen et cetera. Drittens könnten riesige Kosten für die Grenzsicherung eingespart werden. Es würden auch die monetären und psychischen Kosten für die Abschiebung nicht anerkannter Flüchtlinge entfallen, ebenso wie die Kosten für die Allgemeinheit, wenn abgewiesene Flüchtlinge in den Untergrund verschwinden. Über ein Preissystem wird die Gefahr der Überforderung unserer Sozialsysteme verringert. Aspiranten auf eine soziale Hängematte würden von vorneherein ausgebremst. Wer sich nicht abhalten lässt, hat einen verstärkten Anreiz, sich zu integrieren. Die Migrationsforschung zeigt, dass höhere Anforderungen an die Migranten die Arbeitsmarktintegration und den schnelleren

Erwerb von Sprachkenntnissen fördern. Das wiederum erhöht - wenig erstaunlich - die Akzeptanz durch die einheimische Bevölkerung. Die bessere und schnellere Integration der Migranten und ihrer Kinder führt auch dazu, dass sie früher in der Lage sind, die Facharbeiterlücke zu schließen und zur Finanzierung unseres Rentensystems beizutragen. Auch das erhöht die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung. Soweit die Vorzüge unseres Genossenschaftsmodells für die Aufnahmeländer wie Deutschland. Für Migranten besteht der erste und wichtigste Vorteil darin, dass sie ohne Lebensgefahr und traumatisierende Erlebnisse einreisen können. Zweitens würden sie als souveräne Akteure behandelt werden, die ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen können. Hierfür würden wir - und nicht die Schlepper - die Rahmenbedingungen setzen. Drittens nimmt man den Migranten bei der Umsetzung unseres Modells die quälende Unsicherheit, ob sie aufgenommen werden oder nicht, verbunden mit dem Zwang zur Untätigkeit und zu einer Bittstellerhaltung. Sie erhalten schneller die Möglichkeit, sich im Arbeitsmarkt und in ihrer Wohnumgebung zu integrieren. Auch das erhöht die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung. Schließlich haben auch die Herkunftsländer der Flüchtlinge Vorteile. Dort mindert Emigration den sozialen Druck, insbesondere wegen der Entlastung des Arbeitsmarktes - selbst wenn langfristig die Armut dadurch nicht sinkt, weil in erster Linie die einigermaßen gebildeten Mittelschichten auswandern. Wichtiger ist: Die Menschen erhalten eine kalkulierbare Perspektive. Sie werden sich anstrengen, sich die Aufnahmegebühr leisten zu können, z.B. durch bessere Bildung. Weiterhin profitieren die Heimatländer von den sogenannten Rimessen, d.h. den Zahlungen an die Zurückgebliebenen. Die machen mehr als doppelt so viel aus wie die weltweite Entwicklungshilfe und sind vermutlich viel effektiver. Schließlich ermöglichen durchlässige Grenzen eine Rückkehr und damit eine temporäre Migration. Etwa die Hälfte aller Migranten würde nach einiger Zeit freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren, wären die Grenzen offen. Das wirkt dem 'Brain Drain' entgegen, der dauerhaften Abwanderung von ausgebildeten Fachleuten aus ihrer Heimat. Begünstigt wird stattdessen die 'Brain Circulation', eine der effizientesten Formen der Entwicklungshilfe. Einwände gegen unser Modell gibt es natürlich auch. Doch sie lassen sich entkräften. Der erste Einwand dürfte sein, dass in unserem Modell nur Personen einwandern können, welche die Kosten für die Integrationsabgabe aufbringen können. Aber auch heute können sich nur diejenigen die Flucht leisten, die genügend Geld für die Schlepper bezahlen. Zuwanderer könnten darüber hinaus einen Kredit aufnehmen, den sie aus dem im Vergleich zu ihrem

Heimatland wesentlich höheren Einkommen zurückzahlen können. Ein entsprechender Kreditmarkt dürfte leicht entstehen. Er könnte sich an den vom Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus entwickelten Mikrokrediten orientieren. Auch könnten private Spender oder humanitäre Organisationen die Integrationsabgabe für Bedürftige bezahlen, ebenso wie Firmen, die Mitarbeitende und Auszubildende suchen. Damit würde zugleich ein direkter Bezug zu den Zuwanderern hergestellt, der die Integration zusätzlich begünstigt. Anerkannte Asylanten und Kriegsflüchtlinge erhielten die Abgabe ganz zurück. Und wer unser Land wieder verlässt, erhielte sie teilweise zurück - als Startkapital für das Leben in der alten Heimat, zusätzlich zu den erworbenen Kenntnissen sowie den Erfahrungen mit einem funktionierenden Sozialsystem. Die Höhe der Integrations- und Steuerungsabgabe muss mit Augenmaß festgelegt werden. Keineswegs darf sie nach orthodox-ökonomischen Kriterien bemessen werden, sondern muss psychologische und soziologische Erkenntnisse einbeziehen. Viele Details sind noch zu klären. Aber wir sind überzeugt, dass mit unserem Modell alle gewinnen würden: die Migranten selbst, die Aufnahme- und die Herkunftsländer.“

Quelle: Ausschnitte aus einem Vorschlag - abgedruckt in der
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 27.03.2016.



Es reicht nicht die Grenzen zu schließen und die Probleme hinter Zäunen und Mauern zu verbergen und zu verdrängen. Die klägliche Situation u. a. im Camp Moria auf Lesbos und am Grenzzaun von Idomeni im April 2016 sowie die geringe Aufnahmebereitschaft der EU- und UN-Mitgliedstaaten im März 2016 schreien zum Himmel. Was wir in den nächsten Monaten dringend benötigen, sind politische Entscheidungsträger, die couragiert und mutig ihren Völkern glaubhaft vermitteln, dass eine humanitäre und zielgerichtete Aufnahme von notleidenden Flüchtlingen eine Win-win-Situation auslösen kann, wenn alle Beteiligten an einem Strick ziehen.

Die politischen Entscheidungsträger sollten in ihren Ländern Vertrauen aufbauen und ihre Angst überwinden, dass sie für eine volkswirtschaftliche Integration von Flüchtlingen von ihren Wählern abgestraft werden. Die Zeit bis zur nächsten UNO-Vollversammlung, die am 20. September 2016 am Weltkindertag beginnt, sollte entsprechend genutzt werden.



Das Geld für Schlepper sollte besser angelegt werden - für eine gerechte Verteilung, eine sichere Anreise und eine zielgerichtete sowie volkswirtschaftliche Integration von notleidenden Flüchtlingen in wohlhabenden UN-Staaten!